

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Bl. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,60 Mark; pro Quartal 4,60 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile resp. deren Raum 1.-Mk.

Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 24maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telephone-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Druck u. Verlag von Hausmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

An unsere Grubenbarone.

Ihr legt's drauf an den Hader zu entfachen Und neuen Haß bringt ihr zum alten Grollen, Des Krieges Würfel sollen wieder rollen — Ihr seid die Starken und wir sind die Schwachen. —

Doch könnten wir den Hohn zu nichte machen, Denn seid ihr Herrn auch über Schacht und Stollen, Wir sind es, die das Geld euch dazu zollen Und Kohlenhauen beim Gebirgstrachen. —

Und wollt ihr wieder uns den Kampf aufzwingen, Den harten Kampf um unsre Menschenrechte, Wir sagen selbe nicht vor dem Gefechte. — Nur wägen ab zuvor wir das Gelingen — Seht auf die Chancen, mag die Förderung stocken, Zum „blöden Ausfall“ sollt ihr uns nicht locken. — H. K.

An die Kameraden im Ruhrgebiet!

Kameraden! Wie ihr wißt, haben der preussische Landtag und das Herrenhaus eine Novelle zum Berggesetz beschloffen, die nicht entfernt den seit Jahrzehnten erhobenen, berechtigten Forderungen der Bergarbeiter gerecht wird. Das Gesetz ist dazu noch so unklar gefaßt in manchen Teilen, daß selbst die kleinen Verbesserungen gegenüber dem alten Gesetz den Bergleuten nicht z teil werden können, wenn die Unternehmer die unklare Fassung des Gesetzes benutzen um eine arbeiterfeindliche Auslegung zu bewerkstelligen. Obwohl die Bergarbeitervertretung früh genug die jetztgehenden Abwehrkämpfe, arbeiterfreundliche Reformen des Berggesetzes ersuchte und insbesondere um eine unabweisliche Prüfung der Bestimmungen gebeten hat, ist das Gesetz in dem schlechten, verfaulenden Zustande angenommen worden.

Darauf hat der Bergarbeiterverband den Versuch gemacht, wenigstens die neuen Arbeitsordnungen günstiger für die Belegschaften zu gestalten, soweit das Gesetz nur eben eine arbeiterfreundliche Ausgestaltung der Arbeitsordnung zuläßt. Aber alle Anträge der Arbeiterorganisationen haben die schärfste Ablehnung erfahren. Sie geben nur, wenn das schärfste Gesetz vorgelegt wird, wo aber eine dem Unternehmer günstige Gesetzesauslegung möglich ist, haben die Belegschaften die Arbeitsordnungen auch dementsprechend abgefaßt.

Der Bergarbeiterverband hat ferner, damit kein glückliches Mittel unversucht bleibe, auch Anträge zu dem Regulativ für die Arbeiterausschüsse gestellt, um die Ausschüsse wenigstens einigermaßen zu einer praktischen Arbeitervertretung umzugestalten. Keiner unserer Anträge verfiel gegen das Gesetz, die Belegschaften hätten ruhig den von den Belegschaftsdeputationen überreichten Anträgen zustimmen können. Aber auch diese Anträge sind alle abgelehnt worden!

Wir fügen hinzu, daß auch die vom Gewerksverein christlicher Bergleute und die von der polnischen Vereinigung zu der Arbeitsordnung und dem Regulativ für die Arbeiterausschüsse gestellten Anträge rüdnweg abgelehnt sind! Dadurch gibt die Unternehmerrückständigkeit zu erkennen, daß sie überhaupt keine Arbeiterorganisation anerkennt und keine Arbeiter zu berücksichtigen will.

Von diesem Standpunkte aus die neue Arbeitsordnung erlassen, ihm entspricht auch das Regulativ über die Arbeiterausschüsse. Das Wahlverfahren ist sehr verwickelt worden, bei der Wahl selbst sind den Wählern unendliche Schwierigkeiten bereitet; außerdem haben sich die Herren die Geschichte so eingerichtet, daß von einer geheimen und freien Wahl nicht mehr viel übrig bleibt, wenn die Belegschaften Wahlmacht treiben. Und daß dies geschehen soll, dafür liegen schon Beweise genug vor.

Aber wenn nun auch der Arbeiterausschuss aus zuverlässigen, rüdnstarken Belegschaftsmitgliedern zusammengesetzt ist, dann haben die Unternehmer durch ihr Regulativ dafür gesorgt, daß die Arbeiterausschussmitglieder für die Belegschaften nichts leisten können! Die Ausschüsse haben nämlich in allen Angelegenheiten des Betriebes und der Arbeiterverhältnisse kein Mitbestimmungsrecht, sondern sie können nur Beschlüsse zur Kenntnis bringen. Beschlüssen von einzelnen Kameraden darf der Arbeiterausschuss gar nicht vorbringen, sondern nur Anträge, Wünsche und Beschwerden der Gesamtbelegschaft. Hierdurch sind manche Arbeiterausschüsse, denen wegen Lokalmangel etc. das abhalten von Belegschaftsversammlungen nicht möglich ist, ganz lahmgelagert. Schon dieser Punkt beweist, daß die Unternehmerrückständigkeit den Arbeiterausschüssen keine Beachtung schenken will, mögen sie auch noch so viel Anträge, Beschwerden und Wünsche vorbringen. In Bezug auf das „Recht“ der Ausschussmitglieder, an der Verwaltung der Unternehmungskasse sich zu beteiligen, haben die Unternehmer Vorbehalte getroffen, daß die Arbeitervertreter auch hierin nichts erreichen können, wenn die in gleicher Stärke der Kassenverwaltung angehörigen Belegschaften nicht wollen. So ist der Arbeiterausschuss zur bloßen Dekoration herabgedrückt.

Es kommt aber noch hinzu, daß mißliebige Ausschussmitglieder jederzeit durch Vertagung in eine andere Wahlabteilung ihres Postens beurlaubt gehen können; man kann selbstverständlich unbecommene Ausschussmitglieder auch sonst nach Belieben und dadurch von der Belegschaft treiben. Nur ein Arbeitervertreter braucht auf diese Weise abgehoben zu werden, so kann an seine Stelle als Ersatzmann ein Belegschaftsfreund treten und der ganze Arbeiterausschuss ist für die Arbeiter völlig wertlos geworden! Statt einer Arbeitervertretung ist dann eine Belegschaftsvertretung eingerichtet, mit der man der Deffentlichkeit blauen Dunst über die Belegschaftsverhältnisse vormachen kann. Nehmen wir aber auch an, es werden nur tüchtige Arbeitervertreter gewählt, die sich energisch um das Wohl der Belegschaft kümmern. Nun, dann hat es die Belegschaftverwaltung laut § 12 des Regulativs in der Hand, den ganzen Arbeiterausschuss besitzigen zu lassen! Er braucht nur nach Ansicht der Belegschaftverwaltung einige Male seine „Beschlüsse“ überschritten zu haben, was bei dem Fehlen jeder praktischen „Befugnisse“ sehr leicht ist, sodann hat das Oberbergamt das Recht, den Ausschuss

aufzulösen! Den Antrag hierzu werden die Belegschaften schon bald stellen. Es brauchen z. B. die Ausschüsse zweier Schachtanlagen, zur selben Gesellschaft gehörend, nur zusammenzukommen, um sich zu besprechen über eine einheitliche Regelung bestimmter Angelegenheiten, sofort sind die „Beschlüsse“ überschritten. Oder ein Arbeiterausschuss hat nach Ansicht der Belegschaftverwaltung nicht gesorgt für „ein gutes Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber“, auch dann liegt ein Auflösungsgrund vor. Kurzum, wenn die Belegschaftverwaltung will, findet sie hundert Gründe gegen das Weiterbestehen des Ausschusses, abgesehen davon, daß jederzeit ein Ausschussmitglied auf die Strafe gesetzt werden kann. Zudem sind die Verbesserungsanträge der Arbeiter alle rüdnweg abgelehnt, haben die Belegschaften zu erkennen, daß sie gewillt sind, die Arbeiterausschüsse nur als scheinbare Arbeitervertretungen zu behandeln. Wohin es sich deshalb, Arbeiterausschüsse zu wählen?

Am 3. Juni d. J. schrieb der „Vergknapper“:

„Der selben Willkür (wie die Wagenkontrollen) des Unternehmers sind durch den Passus: „Das Amt eines Vertreters erlischt, sobald er aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet“, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse angeheftet. Hierdurch werden die Arbeiterausschüsse keine Arbeitervertretungen, sondern Schutztruppe der Unternehmer. Unkündliche Charaktere werden es sich sehr überlegen, ehe sie solche Ämter annehmen!“

Mit diesen Worten ist der Wert der Arbeiterausschüsse, wie sie nach dem erlassenen Regulativ aussehen müssen, richtig gekennzeichnet. Der Bergarbeiterverband war entschlossen, sich trotzdem an den Wahlen zu beteiligen. Nachdem aber das schlechte Regulativ herauskam und alle Verbesserungsanträge der Belegschaften abgelehnt wurden, war die Verbandsleitung gezwungen, erneut zu entscheiden, ob sie unter diesen Umständen die Wahlbeteiligung noch empfehlen könne.

Deswegen hat der Verbandsvorstand eine Sitzung abgehalten, zu der auch alle Bezirksleiter aus dem Ruhrgebiet eingeladen und erschienen waren. Nach eingehender Erörterung wurde zunächst beschlossen:

Wir sind prinzipiell für die Einrichtung von Arbeiterausschüssen als Vertretung der Belegschaften. Sodann wurde besprochen, inwieweit nach dem von den Belegschaften erlassenen Regulativ die Arbeiterausschüsse auf den Wahlen als praktische Arbeitervertretungen anzusehen sind. Dabei wurde mitgeteilt, daß bisher 27 Belegschaften mit 30 000 Mann Belegschaft bekannt sind, wo die am letzten Streik beteiligten Kameraden vom Wahlrecht ausgeschlossen wurden! Diese treuen Kampfbrüder sind also völlig entrechtet, sie sind mit gemeinen Verbrechern auf eine Stufe gestellt, Tausende Verbändler, Mitglieder des Gewerksvereins und der anderen Organisationen, Kameraden, die manhaft für ihre Menschenrechte gestreift haben, sind gedemütigt! Dies war nur möglich durch das vom Landtage beschlossene Schundgesetz! Es wurden noch weitere 26 Belegschaften gemacht, wo durch eine feine ausgeklügelte Trennung der Belegschaft in drei Wahlabteilungen und durch die dreijährige Beschäftigung den organisierten Kameraden die Ausstellung von geeigneten Kandidaten unmöglich gemacht worden ist. Dort sind infolge des Streiks unsere tüchtigsten und ältesten Leute gemahregelt, die verbleibenden arbeiten noch keine drei Jahre auf der betr. Belegschaft! Hierin tritt die Verschlechterung der Regierungsvorlage durch den Landtag klar zutage!

Nach reiflicher Erwägung aller Umstände beschlossen die Verbandsleitung und Bezirksvertrauensleute:

Wir erklären uns mit den entrechteten Kameraden und Kampfbrüder solidarisch! Die Arbeiter-Ausschüsse in der vom Landtage vorgeschriebenen und von den Belegschaften noch möglichst verschlechterten Form sind als praktische Arbeiter-Vertretungen nicht anzuerkennen. Daß das Gesetz unbrauchbar ist, braucht nicht erst erwiesen zu werden, der Beweis ist schon erbracht durch die Verhandlung an der letzten Revierkonferenz. Unbeschadet unserer prinzipiellen Stellung zu den Arbeiter-Ausschüssen sprechen wir uns für Nichtbeteiligung an den Ausschusswahlen aus. Wo man viele tausende ehrlicher Bergleute wie gemeine Verbrecher vom Wahlrecht ausschließt, da ist es unsere Pflicht, uns an die Seite dieser Arbeitsbrüder zu stellen und gegen das ihnen zugefügte Unrecht und gegen das Schundgesetz zu protestieren, indem wir keine Arbeiterausschüsse wählen!

Kameraden, wir teilen euch diesen Beschluß mit und fordern euch alle auf, ihn zu befolgen. **Geht nicht zur Wahl!** Wenn die Unternehmer Arbeiterausschüsse als Dekoration haben wollen, so mögen die Herren sich nur ruhig ihre „Arbeiterausschüsse“ zusammenwählen lassen von den braven Arbeitswilligen. Unser Beschluß ist selbstverständlich nicht gerichtet gegen die anderen gesellschaftlichen Arbeiter-Organisationen. Mit ihnen wünschen wir im Frieden zu leben. Unser Beschluß ist ein Protest gegen das Schundgesetz, er ist eine Solidaritäts-Erklärung für die völlig entrechteten Kampfesgenossen!

Kameraden, wählt keine „Arbeiterausschüsse“, sondern **geht an Wahltag ruhig nach Hause!** Beweist, daß ihr gewerkschaftlich geschulte Bergleute seid, die straffe Disziplin halten und den Arbeitereinden keine Gelegenheit zum „Einschreiten“ geben. Sagt allen Kameraden, die uns noch fernstehen, daß **der beste Arbeiterausschuss ein starker Bergarbeiterverband ist!** Nützlich die Zehntausende auf, die noch schlafen, halt sie heranzum Verbände, damit bis Jahreschluss unsere Mitbestimmung noch bedeutend anwächst. Je erster die Zeit ist, um so eifriger muß für neue Mitglieder und straffe Disziplin gesorgt werden.

Sod die Bergarbeiterorganisation!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands
F. A. S. Gasse, Vorsitzender.

Die Lohnbewegung der sächsischen Bergarbeiter.

Die sächsischen Bergarbeiter sind in die Lohnbewegung getreten. Diese Tatsache mag manchen Kameraden überraschen. Sind es doch die sächsischen Bergarbeiter, die auf dem Gebiete der Lohnkämpfe so manche bittere Erfahrungen hinter sich haben. Noch schlimmer ist die Wirkung des letzten Streiks im Jahre 1900. Wie schmerzhaft muß es darum in Sachsen Bergbau ausfallen, wenn sich die so oft und brutal Mißhandlungen von neuem aufheben gegen ihre Feindgenossen. Sprechen wir es nur ruhig aus: Die jetzige Bewegung mußte kommen, denn so, wie es die sächsischen Grubenbesitzer in ihrem Uebermut in den letzten Jahren bis jetzt getrieben haben, kann und darf es nicht mehr weiter gehen. Ständiges Sinken der Löhne, hinaufschrauben der Leistung durch die raffinierteste Antreibererei, lange Arbeitszeit, Verschimpfungen trotz harter Arbeit, horrenden Unternehmergewinne, Steigerung der Unfall- wie Krankheitsziffern haben wir als die direkte Veranlassung zu der jetzigen Bewegung anzusehen. Dabei keine Aussicht, daß die Grubenbesitzer freiwillig auch nur die kleinste Erleichterung schaffen.

Wie sieht es nun im sächsischen Bergbau aus? Hierfür nur einige Zahlen. Seit mehreren Jahren bewegt sich die Kohlenindustrie Sachsens, soweit die Förderung in Frage kommt, in aufsteigender Linie. So betrug die

Förderung von Steinkohlen:

	1902	1903	1904
4 407 225 To.	4 450 111 To.	4 803 501 To.	

Die Förderung von Braunkohlen stieg von 1 750 000 auf etwa 1 000 000 Tonnen. Auch in diesem Jahre stieg die Förderung weiter. Von Januar bis Mitte Juni wurden gefördert:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Rohk	Brittels
1904	2 847 927 To.	918 172 To.	31 080 To.	133 756 To.
1905	2 420 014	1 044 698	33 537	173 419

Die Produktion von Napfpreßsteinen dürfte heuer die Produktion im vergangenen Jahre um über 50 000 Tonnen übersteigen. Die Kohlenpreise sind gegen das Jahr 1903 um wenige Pfennige gefallen, sind im Durchschnitt aber höher wie die Kohlenpreise in anderen Bergrevieren. Zugau-Deßnitzer Kohle z. B. wird auch noch heute ab Werl mit 12—13 Mark pro Tonne bezahlt. Nicht viel anders steht es im Zwickauer Revier.

Wir sehen wie die Förderung stieg; sie steigt weiter. Und die Steigerung in den letzten Jahren ging vor sich unter Rückgang der Belegschaftsziffer.

Diese betrug

	Zwickauer Revier	Zugau-Deßnitzer	Plauenischer Grund	Braunkohlenbergbau
1902	13 057	9 969	2 351	3 239
1903	12 457	9 413	2 601	3 086
1904	12 391	9 427	2 537	3 031

Und den beiden großen Kohlenrevieren liegen uns die Handelskammerberichte mit vor. Nach diesen sank der durchschnittliche Mannschafstand im Zwickauer Revier von 12 549 (1903) auf 12 441 (1904). Die Förderung stieg von 2 290 084 To. auf 2 292 148 To., ebenso stieg die Herstellung von Rohk und Bündeln von 51 744 auf 53 542 To. Die Britterzeugung von 14 031 auf 16 764 To.

Im Zugau-Deßnitzer Revier stellte sich die

	Förderung	Wert
1902	1 606 671 To.	20 546 000 Mk.
1903	1 627 005	20 192 417
1904	1 686 182	20 379 672

Der Verkaufswert von Brittels stieg im gleichen Zeitraum von 11 169 auf 93 368 Mk. Und alles das trotz gestiegener Kohlenpreise. Die Berichte geben die Klagen der Werksbesitzer wieder, weil diese zu der Herabsetzung der Kohlenpreise gezwungen wurden. Die Rohkhandelspreise von 1900 sollten den Herren als Richtpreis für weitere Steigerungen dienen. Darum das Geschrei. Wie unbedeutend die Zugau-Deßnitzer Werksbesitzer aber schreien, dafür einige andere Zahlen. Der durchschnittliche Kohlenpreis betrug pro Tonne

	1890—1894	10,01 Mark
	1895—1899	10,72
	1900—1904	12,73

Wie aber steht es mit den Arbeiterlöhnen? Es verdienen die Bergarbeiter im Jahre

	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Steinkohlenbergbau	1132	1207	1157	1084	1111	1097
Braunkohlenbergbau	813	924	949	889	994	990
Erzbergbau	802	839	824	805	820	824

Im Steinkohlenbergbau war 1904 also der Lohn 110 Mark geringer als im Jahre 1900. Die Lebensmittelpreise stiegen inzwischen stetig, es erhöhten sich auch die sonstigen Ausgaben. Dabei gibt es Unternehmerorgane, die heute noch vom Wohlstand der Bergarbeiter fesseln. Mehr noch. Die genannten Löhne sind nicht verdient bei normaler Schichtzeit. 100 Mk., eher mehr als weniger sind noch von den angegebenen Löhnen abzuziehen, da diese erst durch Mehrschichtarbeit, durch Verfahren von Ueberhörsichten, Sonntagschichten und Ueberstunden verdient werden konnten. Das Ueberhörsichtnumwesen steht auch heute wie immer an der Tagesordnung. Trotzdem verlangt man Zufriedenheit seitens der Arbeiter. Die ganze Infamie des Preßgelichters rückt sich selbst in kraffteste Beachtung.

Sind die Löhne in Sachsen außerst niedrig, so steht es anders mit den Werksüberschüssen. Es gibt Werke, wie die „Wilhelmshütte“, die ihren Uebererschuss auch noch im letzten Geschäftsjahr ganz bedeutend steigerten. Fast 700 000 Mk. sackten die Herren im Jahre 1904 ein. Anderen Zwickauer Werken ist nachzufagen, daß trotz Verminderung der Kohlenpreise sie gleiche Gewinne einbrachten wie früher.

So steht es auch in den anderen Revieren. In zehn Jahren bis 1904 zahlten Dividenden

Deutsch-Österreichische Bergbaugesellschaft, Dresden	82 1/2 %
Düger Kohlen-Berein, Dresden	108 %
Gersdorfer Steinkohlen-Bauverein	215 1/2 %
Raifergrube	194 1/2 %
Gottes Segen	328 %
Bochum - Gohndorf - Vereinigtfeld	24 %
(seit 1902 zusammengelegte Aktien)	40 %
	46 %

Dohndorf zu Dohndorf zahlte in den letzten 10 Jahren pro Akte (800 Mt.) 410 Mt.

Lugauer Steinkohlenverein (Akte à 800 Mt.)	608
Dorfhöndorfer Schader Steinh. (Akte à 270 Mt.)	188
Erzgebirgischer Steinkohlenbauverein Schemewitz (800 + 1000 Mt.)	650
Zwickauer Bergwerksvereine (84 Mt.)	2200
Zwickauer-Dorfhöndorfer Steinh.-Bauverein (880 Mt.)	8870
Brillenberg (800 Mt.)	870
Zwickauer Steinkohlenbauverein (188 Mt.)	1980

Es ist ein lastriches Gewerbe, der Stand der Kohlenverkäufer. Aber auch sonst noch können die Herren zufrieden sein. Ihre Papiere werden zu kolossalen Summen angeboten. Die Aktien z. B. der Zwickauer-Dorfhöndorfer haben sich im Wert und Angebot auf 4800 Mark. Das Geld wächst, ohne daß der Aktionär einen Finger krümmt. Und unter solchen Verhältnissen sollten die sächsischen Bergarbeiter schweigen?

Weiter noch erkennen wir die Lage unserer sächsischen Kameraden aus den Unfall- wie Krankenziffern. Pro 1000 Mann der Belegschaften verunglückten entschädigungslos:

1898	1000	1901	1902	1903	1904
9,78	8,50	9,98	10,87	10,74	11,70

Im Jahre 1904 kamen 854 schwere unter insgesamt 4415 Unfällen vor. Die Knappschafts-Versicherungsgesellschaft stellte fest, daß die Gefährlichkeit der Betriebe gewaltig zugenommen hat. Hiernach verunglückten bei 100 Unfällen:

1901	1902	1903	1904
56,57	60,70	68,81	68,08

durch die gesteigerte Gefährlichkeit der Betriebe. Die Ueberletzung dieser Bestimmung durch die Reichsgenossenschaft kann auch lauten: Weniger Lohn, weniger Sicherheit — steigendes Blutmeer. Jeder Bergmann weiß es. Mit den Krankenziffern steht es noch besser. In Sachsen sind seit Jahren von je 100 Mann der Belegschaft im Jahresdurchschnitt weit über 60 Krankheitsfälle zu verzeichnen. Auf vielen Werken ist die Krankheitsziffer besonders hoch. So betrug dieselbe 1903 (von 1904 liegen Gesamtziffern nicht vor) auf

Concordia	bei 460 Arbeitern	850
Deutschland	„	1052
Vereinsglück	„	727
Banekeroda	„	1208
Knappschafts-Krankenkasse in Borna	„	1526
Delsnitzer Bergbaugesellschaft	„	1152
		975

Das Krankengeld ist äußerst niedrig. Es wurden gezahlt in Sachsen (Durchschnitt) für die im Haus Verplegten 1903 1,69 Mt. Auch mit der durchschnittlichen Lebensdauer steht es mit dem sächsischen Bergmann schlecht. Von der Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse zu Freiberg wird diese auf 35 Jahre geschätzt.

Wohl der Ausführung aller dieser Zahlen haben wir wohl den Beweis erbracht, daß es hohe Zeit ist für den sächsischen Bergmann, sich zu wehren. Es wird ja nicht besser, sondern immer schlimmer. Wollen wir alle die Leiden, die sich für den sächsischen Bergmann an diese vorgenannten Zahlen knüpfen, hier auch nur einigermaßen beseitigen, so müßten bisher geschriebene werden. Die letzte öffentliche Bergarbeiterkonferenz in Delsnitz i. S. hat ja nach dieser Seite hin grauenhafte Mißstände von den Kohlenwertern der Delsnitzer übermittelte bezw. bloßgestellt. Aber die Werksbesitzer rührten sich nicht, auch von der Regierung ist keine Hilfe zu erhoffen. Wir leben doch in einem Lande, wo man ganz etwas anderes zu tun hat, als sich höhererwärts um das Bergarbeiterleben zu kümmern. Damit aber haben die Vergleite selbst das Wort. Ihre Forderungen sind den Werksbesitzern zugegangen und ihre Antwort bis zum 7. bezw. 8. Dezember erbeten worden. Hoffen wir, daß diese Antwort so ausfällt, wie es sich gehört. Nehmen die Werksbesitzer ab, dann ist damit der Lohnbewegung noch lange nicht der Faden abgeschnitten.

Am Sonntag den 10. November wie auch an den beiden folgenden Tagen fanden im Zwickauer und Lugauer-Delsnitzer Revier fünf öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die massenhaft besucht waren. Die Lokale erwiesen sich meist als zu klein. Die Versammlungen stimmten einmütig den Lohnforderungen zu und wurden aus den Kreisen der aktiven Kameraden in jedem Revier eine Kommission von fünf Mann gewählt. Diese haben die Verhandlungen mit den Werksverwaltungen zu führen. Bei Ablehnung der Forderungen soll so lange von einem Streik Abstand genommen werden, bis alle Vorbedingungen für einen wirksamen Streik erfüllt sind. Zunächst soll darauf gesehen werden, daß die große Mehrheit der sächsischen Bergarbeiter in die Organisation hineingeschafft wird. Unsere Kameraden sind darum schon fleißig an der Arbeit.

Die Eingabe der Zwickauer Bergarbeiter an die Grubenbesitzer lautet:

Zu der am 19. November dieses Jahres in Vorderneudorf stattgefundenen öffentlichen Bergarbeiterversammlung wurde unterzeichnete Kommission beauftragt, den hiesigen wohlhbl. Grubenverwaltungen folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Einheitliche Schichtlöhne im ganzen Zwickauer Revier.
2. Die Schichtlöhne sind zu bemessen:
 - a) Für Zimmerlinge pro Schicht 3,80 Mt.
 - b) Für Hauer 3,50 "
 - c) Für Lehrhauer 3,20 "
 - d) Für Förderleute erster Klasse 2,70—3,00 "
 - e) Für jugendliche Förderleute 2,30—2,60 "
- f) Die Akkordlöhne sind den Schichtlöhnen entsprechend zu erhöhen.
- g) Den Tagearbeitern sind 20 Prozent Lohnzulage zu gewähren.
3. Abschaffung der getrennten Bedinge, wo solche noch bestehen.
4. Aufhebung der Sperre (die darin besteht, daß ein an einer Grube abgelegter bezw. abgegangener Bergmann auf anderen Werken innerhalb einer gewissen Frist nicht angenommen wird).
5. Wöchentliche wie höhere Lohnzulagen.

Zur Begründung dieser Forderungen führen wir folgendes an: Die Erhöhung der Schichtlöhne wie der Akkordlöhne bezw. der Löhne überhaupt rechtfertigt sich mit der zunehmenden Teuerung der Lebensmittel, wie auch damit, daß die hier gezahlten Löhne weder der industriellen Lage im Bergbau, noch deren Entwicklung entsprechen. Auch glauben wir in der Verlangen nach einheitlichen Schichtlöhnen für das ganze Revier einen breiten Mißstand für Werte wie Arbeiter zu beseitigen. Die Abschaffung der getrennten Bedinge fordern wir aus Gründen der Gerechtigkeit wie der Kameradschaftlichkeit unter den Bergarbeitern selbst und fernher, weil die überwältigende Mehrheit der Kohlenwerke in Sachsen-Deutschland eine Trennung der Bedinge ablehnt — jedenfalls weil sie sich von diesem Gebührgesystem nichts versprechen. Eine Trennung der Bedinge führt hingegen immer zum Schaden eines Teiles der Ortsbelegschaften. Die Aufhebung der Sperre begründet sich mit der einfachen Tatsache, daß den Arbeitern schwerer wirtschaftlicher Schaden durch die Sperre entsteht, wie auch daß sich die Arbeiter in ihrem Recht der Freizügigkeit geschmälert sehen. Von wirtschaftlichen Grundfragen ausgehend beantragen wir wöchentliche Lohnzulagen bezw. Abschlagszahlungen. Soweit die Begründung.

Die Unterzeichneten sind beauftragt worden, eine Antwort auf diese Eingabe innerhalb 14 Tagen — also bis zum 7. Dezember d. J. zu erbeten und hoffen bestimmt, daß die wohlhbl. Werksverwaltung den hier ausgesprochenen Wünschen Rechnung tragen wird. Hier-

durch kann ein friedliches wie ein gesundes Einvernehmen zwischen Wert und Arbeitern nur weitere Förderung erfahren.

Ergebnis!
 J. A.: Rich. Germ. Schneider, Bergarbeiter, Oberhöndorf bei Zwickau, Wildensefenerstraße 251. Friz Schramm, Bergarbeiter, Niederhastlau. Germ. Schußfelder, Bergarbeiter, Niederhastlau. Kurt Brückner, Bergarbeiter Gainsdorf. Ernst Raust, Bergarbeiter, Oberplanitz.

Die Eingabe der Lugau-Delsnitzer Kameraden weicht etwas von der obigen ab. Dort wird eine einheitliche Schichtlohnhöhung von 50 Pfg. verlangt und zwar für alle Arbeiter. Selbstverständlich sollen die Bedinge nicht gekürzt werden. Die Forderungen beider Meierei sind, wie wir sehen, sehr bescheiden, und es gehörte schon ein Stück Mut dazu, um solche Forderungen schließlich ganz oder teilweise zurückzuweisen. Wir wollen das Beste hoffen.

Vorgänge in der Bergarbeiter-Bewegung.

Die Presse wimmelt von Berichten über die Bergarbeiterbewegung. Es ist nicht zu bestreiten, daß gerade Organe, die dem Unternehmertum nahe stehen, am meisten einen großen Streik der Vergleite als nahe bevorstehend beschreiben. Hat doch ein in Dortmund erscheinendes, notorisch in kapitalistischen Diensten stehendes Blatt schon vor drei Wochen geschrieben, die Eisenwerk-Kommission habe den Streik beschlossen und sogar den Tag des Ausbruches bestimmt! Was besagt das Unternehmertum für einen heillosen Zweck mit der Verbreitung solcher Lügen? Für die Organisationsleiter steht fest, daß die Verbände der Arbeiter noch zu schwach sind für die Proklamierung eines neuen großen Kampfes, der nicht Wochen, sondern Monate dauern müßte, um für die Arbeiter siegreich zu sein. Die Aufgabe der Lugau überlegenden Kameraden besteht in der inneren Festigung und der fortgesetzten aktiven Ausbreitung des Verbandes. Man kann wohl annehmen, wie der „Vergleite“ ganz richtig schreibt, daß die Unternehmer lieber sehen, der neue Kampf bricht los, ehe die Organisation der Arbeiter genügend finanziell und an Mitglieder gekräftigt ist. Die ungenügende Organisation würde dann unmöglich ganz vernichtet und wir könnten wieder von vorn anfangen aufzubauen. Inzwischen heimlich die Unternehmer umgehört die Mißsproche ein. Böhmt die Arbeiterlichkeit aber jetzt trotz aller Prozeduren kaltes Blut, befolgt die Kameradschaft unter allen Umständen die Beschlüsse der Organisation und arbeitet um so lebhafter für die Verhärkung des Verbandes, so ist bald eine mächtige Arbeiterorganisation geschaffen und dann reden die Arbeiter wenn nötig ein recht kräftiges Wort mit. Die Ansicht muß jeder geschulte Kamerad in seinen Kameradenkreisen vertreten, damit die Unternehmer kein Glück haben mit ihrer sehr durchsichtigen Aufreizungstaktik.

Interessanter wird unsere Kameraden, eine Anzahl Prekstituten über die Bergarbeiterbewegung kennen zu lernen. So schreibt die „M.-W. Ztg.“, das Kohlenhändlerorgan, über die Bergarbeiterbewegung im **Rheinland-Sachsen**:

„Es war bestritten worden, daß die sächsischen Bergarbeiter in eine Lohnbewegung tatsächlich eintreten würden, kaum ein Drittel sei organisiert und die Lohnverhältnisse seien der Konjunktur entsprechend günstig. Diese Annahme war eine irrige. Wie der Verlauf im Zwickauer und Delsnitz-Lugauer Revier abgehaltener, von insgesamt 2000 Vergleiten beherrschten Versammlungen gezeigt hat. In Vorderneudorf bei Zwickau suchte der Versammlungsleiter nachzuweisen, daß die Produktionsziffer und die Verkaufspreise in den letzten Jahren erheblich gestiegen, die Mannschafszahl und die Löhne aber wesentlich herabgemindert worden seien. Im Jahre 1900 hätten die Löhne 1182 Mark pro Jahr betragen, jetzt belaufen sie sich trotz der empfindlichen Teuerung bloß noch auf 1097 Mark.

Man beschloß mit folgenden Forderungen an die Grubenbesitzer heranzutreten: 1. Erhöhung des jehtstündigen Schichtlohnes um rund 50 Pfg. pro Mann und entsprechende Erhöhung des Bedinges. (Im Zwickauer Revier würden hiernach erhalten: Zimmerlinge 3,80 Mt., Hauer 1. Kl. 3,50 Mt., Lehrhauer 3,20 Mt., Förderhauer 1. Kl. 2,70—3,00 Mt., jugendliche Förderhauer 2,30—2,60 Mt.) 2. Abschaffung getrennter Bedinge. 3. Aufhebung der Sperre (die darin besteht, daß ein von einer Grube abgelegter Bergmann auf anderen Werken nicht mehr angenommen wird.) 4. Einführung wöchentlich Abschlagszahlungen von 20 Mark. — Die Antwort soll von den Werksbesitzern über 14 Tage eingefordert werden. Man wählte je eine fünfgliedrige Lohnkommission. Diese soll die Forderungen überbringen. Im Zwickauer Revier beträgt die Zahl der Vergleite 12500, im Delsnitz-Lugauer Revier 9500. Der Preussische Grund bei Dresden ist entgegen anderen Meldungen noch ruhig. Nach allem, was man aus den Kreisen der Grubenbesitzer hört, sind diese nicht gewillt, auf die neuen Forderungen einzugehen. Ob es jetzt schon zum Streik kommt, steht noch dahin. In Gersdorf riet der Führer der Organisation davon ab. „Erst hinein in den Verband!“ war sein Refrain.“

„Erst hinein in den Verband!“ Ganz recht, das rufen auch wir den Kameraden in Sachsen und Mitteldeutschland zu. Wenn man ernten will, muß erst gesät werden. In der Gersdorfer Versammlung sprach Kamerad Pokorny. Er gab ein Bild von der fortwährenden Verschlechterung der Lage der sächsischen Bergarbeiter und wies auf die dringende Notwendigkeit besserer Organisation der Vergleite hin. In der Diskussion wurde auf den schweren Bergmannsberuf hingewiesen und auf die Teuerung der Lebensbedürfnisse und eine Lohnzulage bei den jetzigen Löhnen und Leistungen als notwendig bezeichnet. Ein Antrag, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen — aus Gersdorf, Dohndorf und Lugau je einen, aus Delsnitz zwei Vertreter — fand einstimmige Annahme. Sodann wurden die Forderungen aufgestellt. Es soll verlangt werden: 1. Erhöhung des Schichtlohnes um 50 Pfg. pro Mann und entsprechende Erhöhung des Bedinges. 2. Abschaffung der getrennten und der Prämien-Bedinge. 3. Beseitigung der Sperre (Wer von einem Werke abgeht, bekommt auf anderen Werken des Bezirks vier Wochen lang keine Arbeit!) 4. Wöchentliche Lohnabschlagszahlungen. Einmütig wurden diese Forderungen aufgestellt; es fehlte bei der Diskussion darüber nicht an Stimmen, die die Lohnforderung als zu niedrig bezeichneten, sie stellten aber ihre Wünsche — auch bezüglich eines Minimallohnes — zurück. Es wurden dann die Kommissionsvertreter für Gersdorf und Dohndorf bestimmt und die Kommission ermächtigt, die Forderungen zu formulieren und den Werksbesitzern vorzulegen und mit ihnen zu unterhandeln. In seinem kurzen Schlusswort wies Pokorny darauf hin, daß es nun gelte, furchtlos zu handeln, sich durch nichts einschüchtern zu lassen und die Vorbedingung zum Erfolg zu schaffen: den Verband zu stärken. Der Vorsitzende Jakob machte noch darauf aufmerksam, daß auch die anwesenden köstlichen Knappen die Beschlüsse mit gefaßt haben, das wolle er nur konstatieren, damit es nicht später wieder heiße, sie wüßten nichts davon. Dann wurde die Versammlung geschlossen. Die Behörde hatte dieser Versammlung große Aufmerksamkeit geschenkt; vor dem Saale empfingen zwei Polizisten die Besucher, zwei Gendarmen hatten im Saale mit ihren Flinten, Posto gefaßt und zwei Beamte im Zivil überwachten die Versammlung. Das dürfte wohl genug Schutz sein.

Ueberhaupt begegnet man in der Bergpresse jezt mehrfach der Behauptung, wenn ein neuer Streik käme, würde sich die Regierung nicht wieder auf die Seite der Arbeiter stellen. Nun brä-

uns aber einer einen Storch! Wo hat sich die Regierung „auf die Seite der Arbeiter gestellt“ beim letzten Streik? Gewiß durch die Einsetzung der sachsen „Untersuchungskommissionen“, über die sich Herr Justizrat Teisag, Dortmund so lustig machte? Oder etwa durch das Zurückweichen vor den Syndikatsgewaltigen, als diese den Regierungskommissionen die Tür wiesen? Oder etwa durch die vom Regierungsschiff im Parlament kommenden Drohungen gegen die Arbeiter mit der „bewaffneten Macht“? Oder soll vielleicht das verführte Vergleite ein Zeichen des Wohlwollens der Regierung für die — Arbeiter sein? Wir erinnern daran, daß auch von Seiten der christlichen Gewerkschaftsführung ausgesprochen wurde: „Die Regierung hat ihr den Bergleuten gegebenes Wort nicht gehalten!“ Wo also ist die Beteiligung der Regierung für die Arbeiter? Sollte die Regierung beim Streik das Standrecht, den Belagerungszustand proklamieren, wo doch die riesige Streikermasse sich musterhaft ruhig hielt? Allerdings, wir wissen, daß gewisse Unternehmerräte der Ansicht sind, jeder Arbeiterstreik müsse von der Regierung zur Aufhebung des gesellschaftlichen Verkehrs und Versammlungsrechtes der Arbeiter bewandt werden; tut die Regierung dem Scharfmacher nicht den Willen, gleich heißt es, die Arbeiter würden „verhättselt“. Wer den Vergleuten erzählt, die Regierung habe beim Streik auf ihr Seite gestanden, der wird angefaßt. Unsere Kameraden wissen heute besser noch wie früher, daß sie sich nur auf die eigene Kraft, auf die Macht einer starken Organisation verlassen können! Sie lassen sich nicht zu Torheiten provozieren, sie leiden aber auch nicht auf den lockend hingestellten Veln. Die „Bergarbeiterzeitung“ sieht ein, daß die Spannung im Bergbau auf die Dauer unerträglich ist und schreibt schließlich:

„Wir sind überzeugt, daß es nicht erst eines Wortes bedarf, um die Vertreter des rheinisch-westfälischen Bergbaues zu veranlassen, alles daran zu setzen, um einen Streik zu vermeiden. Wenn das durch Nachgiebigkeit und Entgegenkommen, die sich mit der Ehre und dem Lebensinteresse der Industrie vertragen, zu erreichen ist, so wird niemand, der es mit dem Gemeinwohl ernst nimmt, davon abraten können; weder die deutsche Industrie, noch das ganze Volk, auch nicht die Fiskusbesitzer und die Vergleite können einen neuen großen Bergarbeiterstreik ertragen und deswegen hoffen wir auf das Bestimmteste, daß die gegenwärtigen Differenzen nicht zum Ausbruch neuer Feindseligkeiten führen werden.“

Wären die Unternehmer nur einmal mit Taten bewiesen, daß sie mit der Arbeiterlichkeit in ein besseres Einvernehmen kommen wollen. Die Arbeitsordnungen in Schloten, Mittelrevieren und Nebenland-Westfalen lassen von einem Verhättseltigen der Arbeiterwünsche nichts erkennen. Und während die „W. Z.“ erzählung „von Entgegenkommen und Nachgiebigkeit“ redet, sagt Herr Kirdorf (s. eine unabweisende W. Z. -äußerung der Syndikatsbekräftiger. In einer Versammlung des „Bereins der Industriellen“ in Köln sprach sich Herr Kirdorf abermals und noch schärfer wie in Mannheim aus über das Verhältnis des Unternehmertums zur Arbeiterorganisation. Nach der „M. Z.“ lauteten die Worte des Herrn Kirdorf:

„Ich kenne zwar nicht alle Industrien, aber für die Kohlenindustrie des Ruhrreviers muß ich es als scharfste ablehnen, die Organisationen anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Die Berufsvereine sind nicht die beruflichen Vertreter, die das Beste wollen. Nein, die Berufsvereine sind nur ausgesprochene Hezvereine, die die Erregung hervorrufen und erhalten wollen. Die Berufsvereine, so wie sie heute sind, sind keine Organisation der Arbeiter. Es sind politische Vereine, deren Aufgabe es ist, für die sozialdemokratische und die ultramontane Partei Einfluss zu gewinnen. Darin sind sie beide gleich, und nur die Partei ist dem Arbeiter, die geschickter in der Verhebung ist. Hätten wir früher verhandelt, etwa mit der Sechsenkommission, die heute wieder tagt, um ihre Forderung fortzusetzen, so hätten wir deren Macht und dadurch die der Sozialdemokratie gestärkt, so daß heute selbst die Sozialregierung einsehe, daß es so nicht weiter ginge. Das „Beruhigungsgesetz“ des Staates ist nur dazu da, neue Unruhe unter die Vergleite zu bringen. Und doch sind wir mit unserer Forderung so weit gegangen, daß wir vor der Frage standen: entweder Unrentabilität oder höhere Kohlenpreise. Jetzt haben sich im Ruhrrevier die Arbeiter erst beruhigt, als man sagte, die vom Gesetz vorgeschriebenen Änderungen lassen wir und es soll alles beim alten bleiben. Der größte Fehler der Wissenschaft ist, wenn sie die politischen Parteien mit Berufsvereinen verwechselt. Hätten wir die letzteren, dann würden wir gern mit ihnen verhandeln, wenn wir dadurch die Gemütsruhe hätten, zum Frieden zu gelangen. Aber um die Waffen gegen uns zu wegen und unsere eigenen wegzunehmen, dazu können wir unsern Arm nicht bieten.“

Wieder eine scharfe Kampfanzeige gegen die auf dem Boden der Reichsgesetze stehende Arbeiterorganisation. „Berufsvereine“ nennt Herr Kirdorf die Bergarbeiterorganisationen ohne Unterschied, „christlich“ und „unchristlich“ Arbeitervereine sind nach Kirdorf in gleicher Weise wert, zurückgewiesen zu werden! Dies muß überall den Arbeitern gesagt werden, damit sie einsehen, daß die Arbeiterzerfplitterung aber auch in keiner Weise berechtigt ist. Nach Herrn Kirdorf sprachen im gleichen Sinne die großen „industriellen Praktiker“, Abgeordneter und Generalsekretär Dr. W. Deumer und Handelskammerpräsident, ehemaliger Privatdozent Dr. A. Tille-Saarbrücken. Ruhig darf ausgesprochen werden, nicht die eigentlichen Werksbesitzer sind die schlimmsten Scharfmacher, sondern ihre mit Ministergehältern besoldeten Generalsekretäre und Geschäftsführer à la Tille und Deumer haben am stärksten in's Scharfmacherhorn. Jedenfalls wollen sie dadurch ihre Unentbehrlichkeit dokumentieren.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu der neuen Rede Kirdorfs:

„Geheimrat Kirdorf legt, wie so viele Arbeitgeber, besonders Gewicht darauf, daß für die Arbeiter durch Wohlfahrtsrichtungen und dergl. sehr viel getan wurde. Das kann ja niemand leugnen, daß große Summen für Arbeiterwohnungen, Unterstützungskassen und ähnliche Zwecke hergegeben wurden. Es gäbe auch für diese Stiftungen, oder wie man's sonst nennen will, Formen, die den Arbeiter veranlassen würden, über diese Einrichtungen keine Freude zu empfinden. Aber tatsächlich sind diese Formen die Ausnahmen und die Wohlfahrtsrichtungen in der Regel derart gestaltet, daß ihr Haupteffekt der ist, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, weshalb dann auch die Arbeiter auf diese Art von Wohlfahrtsrichtungen sehr wenig Gewicht legen. Es ist verwerflich; manche Kreise bemerken noch immer nicht, daß wir im 20. Jahrhundert leben, daß es mit dem patriarchalischen Verhältnis aus ist, daß die Kardinalforderung der Arbeiter ihre Gleichberechtigung durch Anerkennung ihrer Organisationen ist und diese Forderung in den neuzeitlichen kulturellen Anschauungen sicher begründet ist. Darüber kommt man nicht mehr hinweg, und wer sich nicht grundsätzlich auf diesen Boden stellen will, mit dem kann man sich allerdings nicht verständigen.“

Wenn „manche Kreise“ noch nicht bemerkten, wie wenig die Arbeiter von dem Bevormundungssystem wissen wollen, so liegt dies auch zum nicht geringen Teile an der Arbeiterlichkeit selbst. Hiunter wird oft in bestiger Weise räsonniert, die Faust wird — tapfer in der Tasche gefaßt. Aber wenn man den Leuten sagt, sie sollten sich ungeheuer organisieren, dann haben sie allerhand Vorwände bei der Hand, um sich zu drücken. Solche Leute wollen

Ergebnisse erwarten 180 000 Mark. Man rechnet a. B. auf ein...

Salzgewinnung des Salzkammergutes... im dritten Kalenderjahre 1900.

Das belgische Kohlen-Syndikat hat die Preise für ungewaschenen...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

250 000 Mitglieder hat der Metallarbeiterverband erreicht!...

Der „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker schreibt:...

Der Bauhilfsarbeiterverband will künftig alle Vierteljahre...

Der Schuhmacherverband verabschiedet vom 1. Januar 1900 ab...

Die Presse der Gewerkschaften veranlassen in diesem Winter...

Die Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften geben ab 1. Januar...

Ein christliches Arbeiterblatt über christliche Arbeitervereine...

Internationale Kundschau.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Ein...

entwurf läßt eine ängstliche Vorsicht abwalten; wenig Klarheit und...

Die Massenausfuhrung in der schwedischen Metallindustrie...

Wirkung der englischen Gewerkschaftskongresse. Die...

Die amerikanische Bergarbeiterunion hält am 14. Dezember...

Bergbehörde und Unternehmer über die Bergarbeiter-Eingaben.

Der neue preussische Handelsminister, Herr De Lork, hat auf die...

„Die in der Eingabe vom 2. November d. J. enthaltenen Einwendungen...

Der Herr Minister schiebt die Entscheidung den untergeordneten...

Der Bergbauische Verein versendet seine „Erklärungen“ halb...

Der Bergbauische Verein versendet auch folgende Erklärung:

„Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß durch § 7 der...

Hiermit ist zugegeben, was bestritten werden soll, nämlich die...

Erklärung.

Die durch die Tagespresse gehende Nachricht, die Redakteure...

Der Gesamtvorstand.

J. A.: S. Sachsse, O. Schröder, Paul Horn, Albin Böhm, Fr. Gusemann...

Für den Kontrollauschuß:

Wilhelm Röhler, Heinrich Munsbed.

Zu dieser Erklärung seien uns einige Bemerkungen gestattet:...

Zweitens: Was für Meinungsverschiedenheiten in einigen...

„Von verschiedenen Seiten wird behauptet, daß durch § 7 der...

ersten Vergleite seien mit der „Bergarbeiterzeitung“ nicht einverstanden. Darauf haben die Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter als Vertreter der Metallgesellschaft im Ruhrgebiet der Redaktion ihr Vertrauen ausgesprochen. Wenn aus diesem Vorgang die vorschrellen Fabrikanten von „Stimmungsblätter aus dem Bergarbeiterverband“ lernen wollen, so wird uns dies sehr freuen und manche Sensationsmache bleibt ungeschaffen. Am liebsten sich an einem brasilianischen Beispiel zu zeigen, wie Sensationsmeldungen erfunden werden, teilen wir folgenden mit: Ein bürgerliches Blatt schreibt, zwischen Sachse und der Redaktion seien Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Beteiligung an den Arbeiterausflügen entstanden, auch darin läme der „Gegensatz zwischen Radikalismus und Reformismus“ im Verband zum Ausdruck. Einmalige Teilnehmer an der Vorstandssitzung können aber dem betr. Journalisten bekräftigen, daß sich gerade die Redaktion betr. der Wahlbeteiligung vollständig auf den Standpunkt Sachse stellte, der Wahlenthaltung befürwortete! So gerügt auch diese Selbstblase. Mühen sich die heimlichen und offenen Bedenken nur keine Mühe geben, die grundsätzliche Einigkeit zwischen Verbandsvorstand und Redaktion kann kein Mensch zerstören! Hue, Leipziger.

Mißstände auf den Gruben.

Muhrevier.

Beche Dannenbaum, Schacht III. Noch immer müssen wir die Erfahrung machen, daß es unterirdisch an Tragbahnen fehlt und daß verlegte Kameraden auf den harten Fördererischen transportiert werden. So erlitt unlängst ein Kamerad im Fels Bruch, Steiger Jung, einen Beinbruch und wurde auf Schienen gefügt, von drei Mann an einem Seil den Heberban hinaufgezogen. Unter dem Transport gingen ebenfalls drei Mann für den Fall, daß das Seil reißen sollte, den Verletzungen aus. Der Heberban war dazu in einem kaum befahrbareren Zustande, infolgedessen der Bergbau förmlich durchgeputzt werden mußte. Eine sofortige Untersuchung fand nicht statt, erst später wurden die Leute vernommen. Eine Tragbahn mußte geräumt werden, weil in dem Revier keine vorhanden war. Wir möchten von der Verwaltung wissen, ob ihr das bekannt war. Jedenfalls erwarten wir, daß Tragbahnen zur Stelle sein müssen, denn was können uns Vorschriften nützen, die nicht befolgt werden.

Beche Dorffeld, Schacht II und III. Schon des öfteren wurde an dieser Stelle der Holzmann im Revier II befragt, es wurde ja dann auch auf einige Tage besser, doch jetzt ist es wieder beim alten. Mein denn Steiger Pokkämpfer, er könne sein Revier ohne Holz ausbauen? Dann wäre er wohl der König der Gruben meist geschickte Steiger. Die Unfälle auf unserer Beche beweisen aber, daß wenn man kein Holz zum Verbaue schafft, dies ein schreckliches Spiel mit dem Leben der Kameraden ist. Auch die Wäsche war bisher schon zu klein, nun, wo noch zwei Maßere des Schachtes I dazu kamen, geht es schon garnicht mehr, die Wäsche soll doch da sein, um sich von dem Kohlendreck zu säubern, nicht aber, um sich im Gebränge die Füße abzutreten zu lassen und gestreift wie ein Chamäleon wieder seine Kleider anzuziehen. Manchmal ist auch das Wasser, besonders Mittags, so kalt und man kann ein Häuflein kälte spüren, als wenn das jüngste Gericht schon angebrochen wäre. Hoffentlich wird diesem Lebel bald abgeholfen.

Beche General. Auf der zweiten Sohle dieser Beche am neuen Schacht verliert man manchmal bis über die Knöchel in Schlamm und Wasser. Es ist deshalb kein Wunder, wenn wir, noch bevor der Arbeitsort erreicht ist, schon nasse Füße haben und gesund ist das jedenfalls auch nicht, die ganze Schicht über mit nassen Füßen zu arbeiten. Die Förderwagen könnten auch etwas besser geschmiert werden, denn sie laufen oft so schlecht, daß man sie kaum von der Stelle fortbewegen kann. In der Wäsche steht es auch nicht zum schönsten aus, dieselbe gleicht eher einem anderen als einer Wäsche, so naß, wie man das Grubenrevier an der Sohle der Schicht auszieht, sieht man es auch wieder an. Draußen sind hier auch zu wenig, man kann oft sehen, wie fluff bis sechs Mann unter einer Brause stehen und sich gegenseitig drängen. Es wäre sehr angebracht, wenn die Brause etwas vergrößert würde, denn mit Vermeidung der Belegschaft muß auch die Brause gleich Schritt halten.

Beche General Dumenthal, Schacht III und IV. Wie dem Arbeiter mitgespielt wird, wenn er sich über die Mißstände in der Grube beschwert, zeigt folgender Vorfall, der beweist, wie die bergpolizeilichen Vorschriften mißachtet werden. Im Revier IV ist ein Berg, circa 140 Mtr. lang, in welchem die vollen Wagen herunter gelassen werden, doch den leeren Wagen müssen zwei starke Männer mit Aufwendung aller Kraft den Berg hinaufschleppen. Die Leichter kann da ein Unglück passieren; wenn einer von den beiden Kameraden fällt, was sehr leicht vorkommen kann, so geht der Wagen durch und über beide Knuppels hinweg, zwei Menschenleben sind dann vernichtet. Diesem Uebelstand abzuhelfen, ging der Lehrling nach beendet Schicht zum Steiger Probst und fragte an, ob nicht bald eine Luftkassette im Berg angebracht würde; da kam unser Knuppel aber schön an, die lieblichsten Worte aus dem Steigerlegion warf man ihm an den Kopf. Derartige Verhandlungen sind jetzt an der Tagesordnung. Trotzdem gibt es auf General Dumenthal noch unendlich viele Kameraden, die der Organisation fernstehen, gerade diese Leute sind schuld, daß mit dem Vender Arbeiter so umgegangen wird, dem Steiger Probst möchten wir aber raten, daß gerade nicht seine Vernachlässigung der Arbeiter gegenüber zu unterlassen.

Beche Neu-Ferlorn, Schacht I. Das Strafwesen, besonders wegen Förderns unreiner Kohlen nimmt in letzter Zeit immer mehr zu, so daß nur zwei Möglichkeiten das erklären. Entweder sind die Füße unreiner geworden, daß die Leute mit dem besten Willen die Kohlen nicht mehr so rein liefern können, als sonst, oder der Wind hat sich in oberen Regionen verschärft und das Letztere scheint der Fall zu sein, denn es weht ein wahrer Passatwind. Es wird dabei nach den Bestimmungen des neuen Berggesetzes verfahren um so den Knuppels die ganzen „Vorteile“ des Gesetzes sichtbar zu zeigen. Im ersten Falle wird jeder Kamerad der Gesamtanverpflichtung mit 50 Pfg., im Wiederholungsfall mit 1 Mark bestraft, sobald ein Wagen heute 4 Mark Strafe kostet, während früher der Lohnausfall nicht eine Mark betrug. Noch ein solches Gesetz und wir sind verloren.

Beche Prinz Regent. Wie diejenigen Strecken in „Ordnung“ sind, die nicht alltäglich benutzt werden, mußten mehrere Kameraden am 14. deutlich erfahren. Während der Kohlenfahrt wurden einige Spurrillen und Ringe aus dem Schacht gerissen, wodurch der Schacht zur Seilfahrt untauglich wurde und mußten die Leute nach Dannenbaum Schacht III gehen, um dort auszufahren. Von der fünften Sohle geht eine Strecke nach Dannenbaum, durch welche das Wasser von Prinz Regent nach Dannenbaum abgeleitet wird. Durch diese Strecke, die teilweise unter Wasser stand, mußten die „Knuppels“ waten und als sie am Schacht Dannenbaum ankamen, glaubten sie sofort ausfahren zu können, hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sie mußten erst in einen Querschlag gehen und dort 20 Minuten mit nassen Füßen warten, ehe sie ausfahren durften. Wir sind doch der Meinung, daß die Leute sofort ausgefordert werden mußten und daß auch die Strecke, die nach dem Schacht führte, unbedingt in trockenem Zustand sein mußte. Hoffentlich wird die Bergbehörde sich diese Verhältnisse etwas genauer ansehen und für Besserung sorgen.

Beche Prosper II. Die neue Arbeitsordnung scheint in Kraft getreten zu sein, man merkt das besonders auf Schacht II. Werden doch in fünf Tagen annähernd 120 Mann bestraft, wegen unreiner Förderung und willkürlichen Feierns. Ingefahr 50 Mann hatten das Glück, mit 50 Pfennigen „Buße zu tun“, die anderen, jedenfalls „bessergelitten“ wurden mit 1,50 bis 3 M. bestraft. Der Segen des neuen Berggesetzes macht sich sehr deutlich zum Nutzen der Werksbesitzer bemerkbar. Auch das Vorkommen könnte manchmal etwas vorsichtiger geschehen, man kommt ja zu der Meinung, die Erde ruhten auf Sprüngefeiern, so schneller dieselben beim Aufsteigen in die Höhe oder werden die Knuppels bei den jetzigen Fleischpreisen so fett, daß der Stab ihr Gewicht nicht mehr tragen kann? Im Querschlag sieht es manchmal aus, wie im Meeresspiegel Moor, der Dreck geht einem bis über die Knöchel. Besonders ist dies der Fall im Revier Hamann und Blaufmann, so daß man ermüdet vor Ort kommt, wo man erst noch schwerer für's tägliche Brot schuften soll. Strapazen finden sich noch immer Leute, welche Lebererkrankungen vertragen. Weigert sich ein Kamerad, da es ja noch genug Arbeitslose gibt, Lebererkrankungen zu machen, so hört

er manchmal das Schmelzwort: „Noter Bruder“. Im schwarzen Vortrop? War doch längst ein Schleppe so fed, einen höheren Lohn zu beanspruchen, doch die Ehre folgte, man kündigt solche Kameraden einfach und dazu noch wegen — Frechheit. Doch dies alles soll und nicht hindern, unser Recht zu verlangen und die Zeit wird kommen, wo auch in Vortrop, wenn wir alle unsere Schuldigkeit tun, der Verband zu unserem Nutzen blüht, den Gegnern zum Leid, uns zur Freud.

Heinrichsbachstraße. Daß die fiskalischen Gruben keine Musterbetriebe sind, wenigstens nicht in dem Sinne, was wir unter Musterbetrieb verstehen, müssen die hiesigen Arbeiter oft genug erfahren. Als besondere Ausnahme und Bevorzugung wurde die Belegschaft im Oktober reihenweise fotografiert, zu welchem Zweck wissen wir nicht, doch hoffentlich nicht, um mit den Bildern das Verbrechenalbum um einige Kollektionen zu bereichern. Man wird wohl der Belegschaft eine Freude machen wollen, doch davon kann man sich nichts kaufen und deshalb läßt uns die Sache recht kalt, sie kommt uns bereits lächerlich vor. — Laut Anschlag nimmt die Verwaltung eine Neuordnung der Schichtlöcher ab Dezember vor. Es sollen verdienen: Schachthauer 4,50 M., Kohlenhauer 4 M., Lehrling 3,50 M., Zimmerhauer 3,50 M., Schleppe über 18 Jahre 2,50 M., Schleppe unter 18 Jahre 2,00 M. Man hatte erwartet, daß die Ehre der hohen Lebensmittelpreise halber aufgebessert würden, doch darin wurden die Knuppels getuschelt. Wenn es nicht langt, um dann muß der Schmachtrei immer mehr angezogen werden. Tathingegen steht das Strafwesen im so mehr in Blüte. Eine Kameradschaft wurde sogar mit 8 Mark bestraft wegen Fördern eines unreinen Kohlen. Es wurden sogar Gefesseltauer bestraft, weil sie — unreine Kohlen geliebert hätten. Die Kameraden waren ob solcher Fürsorglichkeit rein dast.

Zeche Westende, Schacht II. Die „Wohltat“ des neuen Berggesetzes sollen auch die Kameraden der hiesigen Belegschaft gründlich erfahren. Am 17. November fand der Präsidentschaftsrat auf mehreren Wagen einige Steine, die er auf die Hängebahn warf und gleichzeitig die Kohlennummer dabei legte. Die Leute wurden natürlich mit 50 Pfg. bestraft. Das schien aber dem Fahrsteiger W. nicht hoch genug zu sein, denn als er nach der Hängebahn kam, die Steine da liegen sah und hörte, daß sie von den Wagen abgehoben worden seien, äußerte er sich: „Die Strafe sollte man alle zum Teufel jagen!“ Die Kameraden machten geltend, daß, falls die Verwaltung durchaus keine Kohlen haben wollte, sollte sie erst reine Füße liefern. Herr W. ging darauf fort, die Strafe blieb bestehen und ist abzuwarten, ob später tatsächliche Entlassungen wegen unreiner Kohlenförderung vorgenommen werden.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Altenwald. Wie väterlich die Grubenverwaltung für ihre Vergleite sorgt, zeigt folgender Fall. Wenn früher ein Bergmann alle abhängige Hühner usw. braudert, erhielt er nach Genehmigung der Verwaltung durch den Materialverwalter diese das Felo zu zwei Pfennig. Jetzt muß man zuerst nach St. Johann zur Firma Gebr. G. u. S. Eisenhändler, eine Genehmigung resp. Genehmigung holen und das Felo mit 10 Pfg. bezahlen, worüber die Vergleite sehr erbaut sind. Das Kameradschaften 100—20 leichte Wagen erhalten, d. i. bei jedem Wagen Abzug von 50 — 100 M., wundern sie nicht mehr, aber daß ganze Schichtüberbringer schwen, dürfte neu sein und das Mißtrauen der schloßbauer noch mehr erwecken, hauptsächlich gegen den Aufseher. Hier wäre ein Wagenkontrollierer am Platze, der jedoch nach Aussage von Herrn Vergat Zähler nur auf „Wunsch“ der Belegschaft angestellt wird und was ein solcher Wunsch bedeutet, versteht man in Saarablen schon. Was die Unterstützungskasse anbetrifft, so hat die Belegschaft es als einen Schohn empfunden, daß auch vier Beamten in den Vorstand kommen, weshalb bei den Vergleiten die Meinung aufgetaucht ist, daß der Ausschuss unter Murren gestellt würde, wogegen die Ausschussmitglieder protestiert haben. Nach verschiedenen Ausagen sollen in Altenwald 16 Abortlöcher bei einer Belegschaft von 2000 Mann aufgestellt sein, aber an hauptsächlichlichen Betriebspunkten sind keine und auch kein Anschlag, wo sie zu finden sind.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Von den Deistergruben. Von höchster Stelle wurden die Worte gesprochen: „Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein.“ Aber in den Staatsbetrieben sieht es oft ganz anders aus. Oft stehen diese in den Punkten Lohnzahlung, sanitäre Verhältnisse usw. hinter den Privatbetrieben erheblich zurück. So sind auch auf dem fiskalischen Steinlohlenwerk Wilhelmshafen in Varsinghausen die Ehre durchschmittlich um 50 Pfg. niedriger, als auf den nachgelagerten Privatwerken, dazu ist der Lohn auf den Privatgruben gleichmäßiger als hier. Dieser schmerz zwischen 60—120 M. für Hauer im Afford. Der Schichtlohn beträgt bei Vater Staat für Hauer 2,00 M. für Nebertagsarbeiter und Untertagsarbeiter 2,40 M., wogegen auf den Privatgruben 3 M. bzw. 3,50 M. bezahlt wird. Ein Fall von Behandlung wird uns mitgeteilt, der die Humanität der fiskalischen Verwaltung in kein gutes Licht stellt. Ein Arbeiter, der einen Unfall erlitten und über Tage auf dem Holzplatz beschäftigt wird, wurde Faulenzer geschimpft, und als er es wagte, den Rücken gerade zu machen, wurde er bestraft. Als er sich daraufhin beim Vergat Schlichter beschwerte, dabei sich aber ungeschickt ausdrückte, wurde ihm gekündigt, obwohl er seinen Fretum sofort berichtigt hatte! Die Beamten des Vater Staat können demnach die Arbeiter beschimpfen, denn wir haben noch nicht gehört, daß diesen etwas geschehen ist. Der Arbeiter, der einen Fretum begeht, aber so unständig ist, sofort zu berichtigen, wird mit Entlassung bestraft. Wir können nicht beweisen, daß die Kündigung nur deshalb erfolgte, weil sich der Mann beschwerte, aber die Wechselt der Arbeiter hatten das Empfinden, denn es soll nicht das erste Mal sein, wo einer der Beschwerdebeweg mit Dornen bestrukt vorgefunden hat. Auch die sanitären Zustände passen zu einem Musterbetriebe nicht! Für jede Abteilung, circa 130 Mann, ist ein Abortlocher vorhanden, er wird aber wegen der großen Entfernung vom Arbeitsort nicht benutzt, da den Arbeitern bis zu ¼ Stunden Zeit verloren geht. Die Wadentakt finden wir auf manchen Privatwerken ebenfalls viel besser, als auf den fiskalischen. Draußen sind nur einige vorhanden und dürfen nur von den Leuten, die an nassen Betriebspunkten arbeiten, benutzt werden, für die andern Arbeiter sind noch die alten primitiven, oft ekelerregenden Wannen vorhanden und nehmen die Arbeiter lieber den Dreck mit nach Hause, als daß sie sich hierin wäschen. Von den vorhandenen 20 Wannen funktionieren nicht selten nur wenige. Die Wadentuben selbst sind nicht verschleißbar und wurden den Leuten schon oft Kleider oder sonstige Gegenstände gestohlen. Die vorhandenen Vertrauensmänner sind abgeschafft worden und wurden die Knappschäftsstellen als Arbeiterauschussmitglieder bestellt. Die Verwaltung der Unterstützungskasse regelt der Herr Vergat in der Weise, daß er der Belegschaft sagte, es sei wohl das Beste, er behalte die Verwaltung in der Hand — wie früher! Bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit schweig die Belegschaft, was seinerseits als ein Zugeständnis aufgefaßt wurde. Wir meinen, den diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen entspricht dies nicht ganz. Bei jedem anderen Privatmann würde man das als einen Verstoß betrachten, hier soll es aus „Wohlmögen“ für die Arbeiter geschehen sein. Etwas mehr Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiter und etwas mehr sozialpolitische Verständnis der Zeitentwicklung entsprechend würde den Arbeitern mehr nützen, als all die gesprochenen „Wohlmögen“. An die Kameraden richten wir die Mahnung, eingedenk zu sein ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, die auf dieser Grube schlimmer ist als in den Privatgruben. Fort mit der feigen und unbegründeten Furcht, die eines Bergmannes unwürdig ist. Wollt ihr, daß es besser wird, dann seid Männer. Geht in den Verband, der euch bei kommenden Kämpfen unterstützen wird. Lebt die Verbandszeitung, die euch über alle Berufsfragen Aufklärung gibt. Wählt die Mitglieder der Verwaltung und pflegt die Einigkeit, dann wird es auch besser.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Waggrube. (Siemianow.) Der schneidige Bergverwalter hat den Frauen die Schichtzeit verlängert und zwar um ¼ Stunde pro Tag. Wo früher die Frauen eine halbe Stunde Frühstückspause und eine Stunde Mittag hatten, sollen in Zukunft die Frühstückspause auf viertel und die Mittagspause auf eine halbe Stunde verkürzt werden. Der Lohn hat sich deshalb nicht verbessert, denn die Frauen erhalten noch wie vor den Vorkriegslohn von 1,80 Mark, aber nur diejenigen, die am Schachte die Kohlenwagen abstoßen und sie nach der Separation hinschieben. Eine Frau oder Mädchen muß durchschnittlich die Schicht 100—110 Wagen abstoßen und mit den Leuten, die sie nach dem Schacht zurückschleppen müssen, 80—100 Meter weit schieben. Es sind im ganzen 11—18 Mädchen angestellt, die eine Gesamtförderung von 1500 Kisten bewältigen müssen, woraus jeder selbst erkennen kann, was man hier von diesen armen Geschöpfen verlangt. Dazu kommt, daß wenn auch noch ein schneidiger Untertreiber am Schacht steht, die Hauer noch verkürzt werden und die Mädchen ihr Brot während der Arbeit verzehren müssen. Es ist ein wahrer Jammer

anzusehen, wie in unserem Kulturstaat die Frauen zu so schwerer Arbeit herangezogen werden, aber dagegen will man mit Belegschaftspapieren nicht einschreiten. Dafür leben wir auch im kommen Oberlohlen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Streik der Pferdretreiber und Schleppe.

Es war im Voraus zu sehen, daß die Einführung der neuen Arbeitsordnung, die für die Pferdretreiber eine wesentliche Schichtverlängerung vorsieht, nicht überall so glatt abgehen werde, daß es vielmehr zu Unständen und Putschern kommen würde. In den ersten Versammlungen, in denen die Arbeitsordnung Gegenstand der Beratung war, herrschte gegen diese Bestimmung eine gemaltige Erbitterung und man hörte fast in jeder Versammlung: „Niemand werden wir uns diese Schichtverlängerung aufzwingen lassen!“ Die Rechenverwaltungen, die über die Vorgänge in den Versammlungen und über die Stimmung unter den Belegschaften sehr gut unterrichtet waren, gingen dennoch höhnisch über die Wünsche „ihrer“ Arbeiter zur Tagesordnung über. Was bedeuten für sie die Arbeiterwünsche? Nichts, gar nichts! Die Arbeiter sind zum Schufsten erschaffen, und wie lange sie täglich zu schufsten haben, das bestimmt der Werkherr, und wenn das nicht paßt, der kann ja gehen und kann schließlich selbst einmal „notleidender“ Bergwerksbesitzer werden. So hat man den Arbeitern die Arbeitsordnung auf Grund kapitalistischer Machtbefugnisse aufgezwungen und deshalb haben die Herzen auch die Verantwortung zu tragen für alle Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Rede man nicht von „aufgejegten“ Arbeitern, das haben die Unternehmer getan, und wie schwierig es ist, diese Aufregung wieder zu dämmen, das wissen unsere Kameraden, die an leitenden Stellen stehen und ihnen allein ist es zu danken, wenn wir heute nicht schon den schönsten Pferdretreiberstreik im ganzen Revier haben. Es hat jedoch den Anschein, als wollten die Rechenverwaltungen partout einen Streik, denn nachdem es den Organisationsleitern gelungen ist, die erregten Gemüter zu beruhigen den Zustand zu verhüten, wenigstens jetzt zu verhüten, geht die Verwaltung der Beche von der Spitz bar und zieht den Pferdretreibern und Schleppe 20—30 Pfg. am Lohn ab, worauf diese Leute dann am 24. und 25. November nicht anfahren. Womit man eine solche Lohnreduzierung rechtfertigen will, ist uns ein Rätsel. Bisher verdienten die Pferdretreiber nicht über 2,50 M. und von jetzt ab sollen sie nicht mehr über 2,20 M. kommen, die Schleppe kamen im Höchstfalle bis über drei Mark, diese sollen in Zukunft mit 2,80 Mark zufriedensein. Die Lebensmittel steigen, die Logispreise erhöhen sich, die Werksüberschüsse sind auf der ganzen Linie gewaltig gestiegen und da jetzt eine „humane“ Verwaltung die Ehre herab, während die Schicht dazu verlängert wird. Lehnen sich die Arbeiter dagegen auf, schreit man von „Verhegung“, das ist die rechte Gaunerlogik: „S a l t e t d e n D i e b!“ Ob man schließlich kalkuliert hat, daß durch solche Maßnahmen die Leute auf einer Beche ins Feuer getrieben würden, um dann eine allgemeine Solidaritätsklärung und damit einen allgemeinen Streik zu erzielen, wie es ja beim letzten Streik antäglich der „Bruchstraße“ geschehen ist? Wie dem nun sei, gelingen wird es diesmal wohl kaum, aber es hat tatsächlich den Anschein, als wollte man ein großes Feuerchen anzünden. Denn als die Leute, die am Freitag den 24. November ausständig waren, am Samstag wieder anfahren wollten, hat man sie nach Hause geschickt und am Sonntag erhielten sie ihre Abkehr per Einschreibebrief ins Haus geschickt, darunter sogar mehrere Leute, die nur eine Schicht gearbeitet hatten, denen man selbst auf Grund der aufgezwungenen Arbeitsordnung die Papiere nicht einhängen konnte. Also am Samstag nach Hause geschickt, am Sonntag die Abkehr per Post zugesandt, die unverfälschte Aussperrung, nicht mehr Streik, und sogar die Aussperrung, weil die Leute eine Schicht verjümt haben und gegen eine Lohnreduzierung protestierten. Daß eine solche Behandlung die tiefste Empörung unter der Gesamtbelegschaft hervorruft, ist erklärlich, und das kam in der Belegschaftsversammlung vom 28. November bei Sichtermann in Baulau recht deutlich zum Ausdruck. Nur mit aller Mühe gelang es Kamerad Leipziger, die erregten Gemüter zu beruhigen und die Ausständigen zum Nachgeben zu bewegen, daß sie beschloffen, sich am Montag wieder zur Anfahrt zu melden und falls die Verwaltung nicht mit Gewalt zum Streik drängt, die Arbeiter nicht zurückweicht, ist dieser Streik damit beendet. Bemerk sei noch, daß der Rechenplan am Freitag und Samstag einem Diavell ähnlich sah, denn so zahlreich waren die Hühlerhauben dort vertreten. Zu irgend welchen Zusammenstößen, wovon die Sensationsmacher schon zu erzählen wußten, ist es nicht gekommen.

Bochum. Herr Geheimrat Vergat Krabler ersucht uns um Aufnahme nachstehender Nichtigstellung:

„In der über meine Person in Nr. 47 unter Bochum gebrachten Mitteilung ist unrichtig, daß ich im Jahre 1880 der Nachfolger des Herrn Dr. Hamnacher im Vorsitz des Bergbauischen Vereins gewesen; an dessen Stelle trat vielmehr Herr Geheimrat Finanzrat Jende. Sodann hat die neuliche Sitzung des Vereins, in der über die Sperre beraten wurde, mehrere Wochen nach meinem Austritte stattgefunden.“

Hochachtungsvoll
K r a b l e r, Geheimrat Vergat.“

Herr Krabler hat Recht. Wie wir der Besichte des Bergbauischen Vereins entnehmen, ist Herr Jende am 21. Februar 1880 Nachfolger des Herrn Dr. Hamnacher geworden. Daß Herr Jende ein Hauptgeschäftsmacher ist, darf als weltbekannt vorausgesetzt werden. Aber Herr Krabler trat zusammen mit Herrn Jende in den Vereinsvorstand ein und zwar als zweiter Vorsitzender, an Stelle des Herrn Feingmann. Wir hatten also Recht, als wir von Herrn Krabler sagten, er sei in die Leitung des Bergbauischen Vereins getreten, nachdem der sozialpolitisch einschüchtere Herr Dr. Hamnacher vor der schärferen Tonart das Feld räumte; nur war uns nicht gegenwärtig, daß Herr Krabler der zweite, nicht der erste Vorsitzende wurde. Uebrigens bestritt Herr Krabler ja auch nicht unsere Angabe, er gehöre der „schärferen Tonart“ an. Von Bedeutung ist die Mitteilung des Herrn Krabler, es habe eine Sitzung des Bergbauischen Vereins stattgefunden, in der über die Sperre beraten wurde! Das wird hier zum ersten Mal positiv erklärt. Da die betr. Sitzung mehrere Wochen nach dem Austritt Krablers stattfand, und angeblich die Aufhebung der Sperre beschloffen wurde, so scheinen doch die vorher zurückgetretenen Herren Kirchorf und Krabler „Steine des Anstoßes“ gewesen zu sein. Was uns von einer sich als gut unterrichtet gebender Seite über „interne Vorgänge im Bergbauverein“ mitgeteilt wird, klingt so unwahrscheinlich, daß wir auf die Wiedergabe der „Verteiler“ verzichten. Sind sie wahr, so muß die aller nächste Zeit dies beweisen.

— Zu einem imponanten Protest gegen das Zentrumschundwert, genannt Berggesetz, und die Arbeiterauschüsse, gestaketen sich die Versammlungen am 26. November. Nicht weniger als 40 öffentliche Versammlungen, die teilweise sogar über 1000 Mann umfassen, haben im ganzen Revier stattgefunden, in denen Stellung zu den Arbeiterauschüssen genommen wurde. Unsere Redner traten für Wahlenthaltung ein, was von den Anwesenden überall freudig begrüßt wurde, selbst von den Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der politischen Bezirksvereine. Die Vergleite haben das Empfinden, daß, nachdem unsere sämtlichen Anträge abgelehnt wurden, die Arbeiterauschüsse nicht das geringste Recht haben, daß f

grüben geräumt, dabei wurde der Platz stark verunreinigt, so daß es die Einwohner vor Verfall nicht ausschalten konnten. Nachher wundert sich die Sanitätsbehörde, daß in Oberschlesien so häufig Typhus und andere Epidemien auftreten. In verschiedenen Familienhäusern, wo bis zu 24 Familien wohnen, gibt es nicht einmal einen Totenboden, jedoch die Frauen bei aller Witterung die Wäsche in den Stuben trocknen müssen. Auch das trägt nicht zur Förderung der Gesundheit bei. Die und andere Maßnahmen werden nicht eher beseitigt, bis die Arbeiter sich organisieren und dadurch die Herren nach und nach zwingen, auch in Oberschlesien dem Fortschritt der Kultur entsprechende Zustände zu schaffen. Anstatt die Verhältnisse zu beseitigen, sucht man mit allem Eifer die Verbände herauszufinden, um sie auf's Pfäffchen zu werfen, wie das in letzter Zeit sehr häufig vorgekommen ist. Wir können jedoch der Verwaltung versichern, daß man durch diese Maßnahmen die Kritik in der Zeitung nicht verhindert. Bezahlt und behandelt man uns anständig, schaffen wir die Verhältnisse ab, dann wird die Kritik von selbst aufhören.

Wieschowitz. Schon vor längerer Zeit teilten wir mit, daß die ober-schlesische Polizei mit wachsender Feindschaft und mit Argusaugen unsere Bewegung beobachtet, daß ihr auch nicht das kleinste „Vergehen“ durchgeht und sie sich größte Mühe gibt, sämtliche Leiter der „Bergarbeiterzeitung“ missglücklich zu machen. Es erweckt sogar den Anschein, als ob unsere Polizei nur zur Aufrechterhaltung unserer Mitglieder angestellt sei, als ob es für sie keine wichtigerer Tätigkeit mehr gebe. Weht unser Volk durch ein Dorf und trägt den Mitgliedern die Zeitung zu, begleitet ihn mit der Treue eines Hundes irgend ein Gänzlichgel, der nachher noch die Leute darüber fragt, was der Mann, d. h. unser Volk, bei ihnen gemacht oder gewollt hätte. Dann werden die Leute ausgefragt, auf welcher Grube und bei welchem Steiger sie arbeiten. Solche Sachen gehen die Polizei gar nichts an und infolge dessen hat sie ihr auch durchaus nicht notwendig, darüber Auskunft zu geben. Daß sich die Polizei um ihre Angelegenheiten kümmern, sie hat dann reichlich zu tun.

Südböhmen und Reichslande.

Sausham. Die Situation im oberbayerischen Bergbauvertrieb spielt sich immer mehr zu und suchen die hiesigen Unternehmer bzw. Betriebsleiter nicht hinter den Schanzmännern im Kuhreifer zurückzustehen und es ist bezweifelnd, in welcher Weise Vergleite, die aus anderen Meistereien nach ihrer Heimat zurückzuführen und um Arbeit auftragen, mitgespielt wird. Nur einzelne Fälle sollen festgehalten werden. Wurde doch in Sausham einhundert Personen, die auswärts in Arbeit standen und um Arbeit nachfragen ließen, erklärt, es könne jeder wieder in Arbeit treten, sie sollten nur möglichst schnell anfangen. Als aber die Leute sich in die Unkosten setzten, ihre bisherige Arbeit verließen und das letzte Geld für Transport und Fahrt abgeben hatten, wurde entschieden, angeblich, es sei eine falsche Sache, sie könnten nicht anfangen, sie müssten sich einer Kammerführung und einer Wurmur unterwerfen. Und dies, obwohl sämtliche bei Besuche ärztlicher Mitteln waren, die bekundeten, daß sie wurmfrei waren. Einige dieser Unglückseligen waren schon in der Grube in Arbeit und wurden während der Fahrt zur Arbeit genommen. Sie müssen jetzt bei hohem Schnee und Frost für 280 Mk. zehn Stunden über Tage schuften, die anderen, obwohl ihnen Arbeit zugesichert war, werden gar nicht angenommen, mühten aber dennoch die Wurmur durchmachen. Die Folge davon ist Geld und Not. Die Wurmurverordnungen der oberbayerischen Gruben scheinen auf dem Standpunkte zu stehen, alles was nach Preußen kommt, wird nicht mehr eingestellt, abgesehen von schon jahrelang auf oberbayerischen Werken abgerast haben. Wir sind der Ansicht, daß nicht so sehr die Wurmurfahrt die Ursache ist, die Leute so zu behandeln, als die Furcht es könnte der „Streikbuzillier“ auch ins oberbayerische Arbeitervertragen werden und wir haben bestimmte Aussagen, die uns in der Beziehung in unserer Meinung verstärken, daß hier eine große Streikwelle herrscht, wissen die Werkleiter recht gut, muß doch der hiesige Bergmann nach jeder Achtung hin kurz abweisen, den Schmachtreuen anzusehen, um sich nur einhundert durchzuschlagen. Um die gärende Bewegung im Reine zu erklären, legt man alljährlich eine kollektive Anzahl Wurmurfahrt und befristet die Südböhmer an, während der gefürchtete Bergmann mit Aufschreien abgepeilt wird. Die bayerischen und böhmer-reichlichen Kameraden, die in Oberböhmen schon einmal die Hade weg-gelassen haben und sich in Nordböhmen befinden, seien hiermit „Wurmur“ nicht nach hier zu kommen, wenn sie sich vor Schäden schützen wollten. Komme keiner mehr zurück, denn er ist hier selbst. In hiesiger Gegend mit sozialer Industrie ist es doppelt schwer, Arbeit zu finden. Diese künstliche Auslieferungsmache ist längst durchschaut, nicht der Wurm, sondern die Person kommt in Frage. Das rückt in gleicher Weise auch in Bergbau zu, wurde doch erst vor kurzem ein angefahren: „Sie sind auch einer von den Unzufriedenen.“ Wer sich nicht fügen, bekommt den Hungerlohn, und für das kommende Frühjahr den hier üblichen Urlaub bis zu sechs Monaten. Willkürliches Strafsystem und Bedingungen stehen in voller Blüte und hierbei sei auf die Mangelwesen einzelner Steiger hingewiesen, die vor Ort jedesmal eine Festschneide über zu hohe Gebirge herunter-leitern, besonders der neugeborene Steiger Seltner. Betrachtet man die Arbeitslast, die Witterung nach immer mehr Kohle, die Masse freiwilliger und gezwungener Leberfurchten, die verfahren werden, so sieht man ein, wofür der enorme Krankenstand in verhältnismäßig gesunden Gruben kommt. 70 Erkrankungen vom Hundert im Jahre, eine erschreckende Zahl, fordert zum Nachdenken. Daß auch die Untereinanderung bei der hiesigen Bergbauzeitung im zunehmenden Maße ist, darüber besteht kein Zweifel und jedem Einzelnen sei es zur Pflicht gemacht, mitzuwirken an der Verbesserung der Lage der Vergleite. Die Lebens-mittelpreise sowie die familiären anderen Produkte sind derzeit gestiegen, daß es eine zwingende Notwendigkeit ist, die Differenzen durch höhere Löhne einzugleichen auszugleichen. Um dieses zu erreichen, muß jeder das Seine dazu beitragen; denn nur wenn volle Gerechtigkeit herrscht, kann etwas erreicht werden.

Verbandsnachrichten.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, welche mindestens 52 Wochen volle Beiträge entrichtet haben und länger als 14 Tage krank feiern, sich unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines bei ihrem Vertrauensmann zu melden haben. Wer sich nicht sofort meldet, verliert jeden Anspruch auf Unterstützung. Diejenigen Mitglieder, welche arbeitslos werden, haben sich sofort bei ihrem Vertrauensmann zu melden; wer es unterläßt, hat ebenfalls keinen Anspruch auf Unterstützung. Dann machen wir die Kameraden nochmals darauf auf-merklich, daß Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande bleiben, jedes Recht auf die im Statut vorgesehene Unterstützung verlieren. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden Kameraden, daß er

pünktlich seine Beiträge bezahlt; andernfalls (müßigt er sich und seine Familie.

Unsere Verbandsmitgliede er.

Jetzt, wo wir kurz vor Jahreschluss stehen, eruchen wir unsere Mitglieder, ihre rückständigen und fälligen Beiträge zu bezahlen, damit die Ortsverwaltungen in der Lage sind, mit der Hauptkasse pünktlich abzurechnen. Die Ortsverwaltungen müssen dafür sorgen, daß bis zum 1. Januar 1906 alle Beiträge pro 1905 einfließen sind. Alle Verbandsmitgliede müssen ihre Ortsverwaltung davon unter-richten, damit der Jahresabschluss ohne Restanzen gemacht werden kann.

Achtung! Das Mitglied Josef Potocnik, Hauptbuch-nummer 16802, ist auf der Reise nach Oesterreich erkrankt und verstorben. Die Frau hat das Buch nach Deutschland geschickt. Die Adresse, an welche das Buch geschickt wurde, kann die Frau nicht mehr angeben, so eruchen wir um sofortige Einfindung des Mitgliedsbuches an unsere Adresse. Auch eruchen wir die Ortsverwaltung bescheidenen Zahlstelle, in welcher P. zuletzt Mitglied war, um sofortige Angabe, bis zu welchem Datum die Beiträge bezahlt sind. Der Vorstand.

Recklinghausen-Pöthler. Das Krankengeld wird jeden Samstag bei dem Vertrauensmann Th. G. D. Mann, Orweg 47a, und zwar morgens von 8 bis 10 Uhr und nachmittags von 6 bis 7 Uhr ausbezahlt.

Wanne. Die Kameraden, welche noch im Besitze von Broschüren kämpfenslieder und bergleiten mehr sind und noch nicht abgerechnet haben, ersuche ich, dieses in nächster Zahlstellenversammlung zu besorgen. Carl Kampe.

Bezirk Oberhausen. (Berichtigungen.) Unter den in der „Bergarbeiterzeitung“ aufgeführten Sammelgebern für den Bezirk Oberhausen sind unter der Rubrik „Arbeitervereine“ „ECHO-Oberhausen“ 28 Mark enthalten. Diefelben sind nicht vom ECHO, sondern vom „Männergefangenen Verein“ eingeschickt worden. Joh. Witte, Bezirksvertrauensmann.

Bezirk Hamm. Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab in Aamen, West- und Schussstraße 64. P. Remshagen.

Briefkasten.

An die Vertrauensleute. Es laufen jede Woche Versammlungs-anzeigen bei uns ein, auf der einen fehlt die Betragende, auf der anderen das Lokal, sodas die Anzeigen entweder wertlos sind, oder wir sehen uns hinderniß hin und suchen das Fehlende heraus, wobei es denn nicht selten passiert, daß wir dennoch daneben haben. Deshalb bruden wir in Zukunft diese Anzeigen so ab, wie sie eingeschickt werden. Wer vor Unannehmlichkeiten geschützt bleiben will, der schreibe seine Angaben richtig. Damit im Versammlungs-kalender diese Zeitlicher vermieden werden, möchten wir die Ortsverwaltungen ersuchen, die heute ihre Versammlungen am Sonntag nach dem 10., dem 20. oder sonstigen Tag abhalten, dieses dahin zu ändern, daß es heißt am ersten, zweiten, dritten oder vierten Sonntag. — S. S. W. in W. Das müssen wir nicht, da wir nie mit Ströken und Sätzen gehandelt haben. Bezüglich der zweiten Frage wende Dich an die Redaktion des „Tabakarbeiters“ in Hamburg. — **Leisnig.** W. W. Die Wegsanktionen sind in den Gerichts-kosten nicht enthalten und falls Du gearbeitet hast, wird das Weg-sanktions auch keine Kosten von Dir fordern. Die sind damit beglichen. Werkskosten verfahren, wie jede andere Selbstforderung, nach 80 Jahren, vorausgesetzt, daß die Forderung nicht erneuert wird, sonst tritt niemals Verjährung ein. Erhältst Du heute die Forderung zur-gestellt und dann nicht mehr vor Ablauf von 80 Jahren, dann ist die Verjährung verfahren. Erneuern sie aber vor der Zeit, vielleicht in fünf bis zehn Jahren die Forderung, und das werden sie schon machen, dann habe nur ja keine Angst, daß sie jemals verfährt.

Öffentliche

Bergarbeiter-Versammlungen

- Sonntag, den 3. Dezember 1905:**
- Dorbeck u. Umg.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Roth. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Bekanntgabe des Kandidaten. Referent zur Stelle.
- Deusen u. Umg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn S. Fels-mann. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Warum beteiligen wir uns nicht an den Arbeiterauswahlgewahlen? Referent: Kamerad G. Wilhelm-Buchum.
- Essen.** Vormittags 11 Uhr, in der „Ruffia“. Weshalb beteiligt sich der Verband nicht an den Arbeiterauswahlgewahlen? Referent: Kamerad Th. Wagner.
- Günningfeld.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Arens. Die Berggewerbegerichtswahl. Aufstellung eines Kandidaten.
- Sahlingshausen u. Umg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Jansen. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Aufstellung des Kandidaten. Referent zur Stelle.
- Seifen u. Umg.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Dohler (an der Zeche Rosenblumenbelle). — Arbeiterauswahlgewahlen. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Aufstellung des Kandidaten. — Referent zur Stelle.
- Königsfleete.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. I. I. (früher Weibel). — Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Aufstellung des Kandidaten. — Referent zur Stelle.
- Kunzendorf bei Neurode.** Abends 7 Uhr, in Hermanns Gasthaus. — Vortrag des Kameraden Hermann S. S. Buchum.
- Lütgendormund.** Nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wette, Grenzgelang. Bericht des Berggewerbegerichtsbeisitzers. Die Bedeutung der Berggewerbegerichtswahl. Referent zur Stelle.
- Leipel und Kran.** Nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Heuerbauer. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Auf-stellung des Kandidaten. Referent zur Stelle.
- Wanne u. Umg.** Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl. Bekanntgabe des Kandidaten. Referent zur Stelle.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

In allen Versammlungen findet, soweit dies nicht geschehen, die Neuwahl der Ortsverwaltungen statt. Die Verbandsmitglieder wollen sich deshalb zahlreich an den Zahlstellenversammlungen beteiligen. **Sonntag, den 3. Dezember 1905:** (Erster Sonntag) **Winnen.** Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Hausmann. **Wittenbochum.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hülschhoff Wittenbochstraße 109. — Vortrag. Referent zur Stelle.

- Wissersleben.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Maas.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Erdmann.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Bergarbeiterheim, Wimmelhauserstr. Vortrag. Verschiedenes.
- Wissersleben.** Im Lokale des Herrn Köhler.
- Wissersleben.** Abends 7 Uhr, im Gesellschaftsverein Amtage.
- Wissersleben.** Vom 6. bis 10. werden die Beiträge eingesammelt.
- Wissersleben I.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale der Witwe Steinbüchel.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Langbrod.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Homburg, Schul-strasse, Wanne.
- Wissersleben.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Seipel.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Aug. Arens.
- Wissersleben.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heistermann.
- Wissersleben I.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Th. Meidericherstr.
- Wissersleben.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Kriegsfolle.
- Wissersleben.** Jeden Sonntag nach dem Vorkaufstage, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn W. I. I. Steuertag.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Schwan“.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hartmann im Udenhof.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meyer. Vortrag des Kameraden S. Schröder.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im „Deutschen Haus“, Wanzbold.
- Wissersleben.** Nachmittags 6 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hansfeld. Vortrag des Kameraden Aufderstrasse. Bericht über das ver-laufene Geschäftsjahr. Verschiedenes.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, in der „Wilhelmsbrücke“.
- Wissersleben.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Meiningshaus.
- Wissersleben.** Sonntag nach dem 1. Jahrestage, im Vereinslokale.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn S. U. U.
- Wissersleben (Oberböhmen).** Vorm. 11 Uhr, jed. Sonntag nach dem Jahrestag.
- Wissersleben.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herrn. Wilhelm.
- Wissersleben.** Nachmittags 5 Uhr, im „Feldschlößchen“.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. W. W.
- Wissersleben (Wann).** Im Lokale „Zum Kronprinz“.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Köhler.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn W. Winter.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bruno Zieg.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil G. G. G.
- Wissersleben.** Jeden ersten Mittwoch im Monat: Steuertag.
- Wissersleben II.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Leop. Koll.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Willberg.
- Wissersleben.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schütte.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale der Frau W. W. W.
- Wissersleben.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Gottlieb Greiner.
- Wissersleben.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. W. W. Die bevorstehende Berggewerbegerichtswahl.
- Wissersleben.** Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof zu Ludenau.
- Wissersleben.** Nachm. 5 Uhr, im Restaurant „Zur alten Post“ in Makranstädt.
- Wissersleben.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke in Wittenboch. Jahresbericht der Ortsverwaltung. Verschiedenes.
- Wissersleben.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friede („Blauer Engel“), Fischerstraße.
- Wissersleben.** Jeden 1. Sonntag, im Lokale des Herrn Restaurateurs Edwin Weutchner, Seiffenfeld.
- Wissersleben.** Nachmittags 3 Uhr in Reichs Restaurant.

Gemeinschaftliche Zahlstellenversammlungen

Sonntag, den 3. Dezember 1905:

- Caternberg I u. II.** Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Reithaler.
- Sahlingshausen, Baroy, Homburg und Menglinghausen.** Nachmittags 2 Uhr, in der „Lohnhalle“, Station Baroy.
- Mühlheim-Ruhr I u. II.** Im Lokale des Herrn Brudmann, Mühlstr.
- Mühlheim, Bergershausen und Recklinghausen.** Im Lokale des Herrn U. U. U. in Recklinghausen.

Achtung Anappschäftsälteste

des Kommissionsbezirks Dortmund. **Sonntag, den 3. Dezember 1905, vormittags 9 Uhr,** im Lokale des Herrn Janowski, Dortmund, Breitenstr.

Kommissions-Sitzung.

Alle Verbandsältesten müssen erscheinen.

Kameraden agitiert für den Verband!

Gemeinschaftliche

Belegschafts-Versammlungen

Sonntag, den 3. Dezember 1905:

- Bochum u. Umg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wirtz Pfliegung, Castroperstraße, für die Zeche Constantin, Schacht III.
 - Dortmund und Umg.** Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn G. G. G. (früher Maas), Rheinfischstraße 95, für die Zeche Tremontia.
 - Dortmund.** Vormittags 11 Uhr, im vergrößerten Saale des Tierparks, Leibniz- und Lessingstraße-Ecke, für die Zeche Kaiserstuhl, Schacht I und II.
 - Udenhorst und Umg.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Seltner, für die Zeche Fürst Hadrenberg.
 - Niedermassen u. Umg.** Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Spies, für die Zeche Wassen, Schacht I, II und III.
- Tagesordnung in allen Versammlungen:**
Weshalb beteiligt sich der Verband nicht an den Arbeiterauswahlgewahlen.
Zu diesen Versammlungen müssen alle Bergleute obiger Zechen erscheinen, damit zu den bezeichneten Fragen Stellung genommen werden kann. Kameraden, erscheint deshalb zahlreich, damit die Versammlungen imponant werden!

Achtung Ruhrbergleute! Berggewerbegerichtswahl!

Am 13. Dezember d. J. finden die Wahlen zum Berggewerbegericht statt. Es müssen jetzt sofort in allen den Wahlbezirken, welche wählen müssen, die Kandidaten aufgestellt werden. In welchen Wahlbezirken gewählt wird, ist durch Anschlag auf den Zechen bekannt zu geben. Als Kandidaten können nur Kameraden aufgestellt werden, welche mindestens 30 Jahre alt, seit mindestens zwei Jahren Bergmann sind und in dem betreffenden Wahlbezirk wohnen. Ferner müssen die Kandidaten im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sein. Es dürfen nur rückenstarke intelligente Verbandsmitglieder als Kandidaten aufgestellt werden. Wir erwarten von unseren Verbandsmitgliedern, daß sie bei der Auswahl der Kandidaten sehr vorsichtig sind. **Wahlberechtigt sind sämtliche Bergarbeiter, welche im Bezirk des Berggewerbegerichts arbeiten oder wohnen und das 25. Lebensjahr erreicht haben.** Die Arbeiter haben ihr Wahlrecht in dem Wahlbezirk auszuüben, in welchem sie zur Zeit der Wahl wohnen, oder, falls sie außerhalb d. Bezirks des Berggewerbegerichts wohnen, in Arbeit stehen. Jeder Wähler hat sich von der Verwaltung der Zeche, auf welcher er arbeitet, einen Ausweis ausstellen zu lassen. Wer ohne Ausweis ist, kann nicht wählen. In den einzelnen Wahlbezirken müssen jetzt sofort Versammlungen einberufen werden zur Aufstellung der Kandidaten. Die Kleinagitation muß sofort auf der ganzen Linie einsetzen. Die Namen der Kandidaten müssen uns sofort nach Aufstellung mitgeteilt werden, damit die Stimmzettel angefertigt werden können. Auf Verbandsmitgliedern, an die Arbeit!

